

**FWG**

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eppstein/Ts.

www.FWG-Eppstein.de**Magnus Fischer**
Stellv. FraktionsvorsitzenderFreiherr-vom-Stein-Str. 36 • 65817 Eppstein/Ts.
Telefon: 06198/575 373
Magnus.Fischer@fwg-eppstein.de

PRESSEMITTEILUNG Nr. 09/2008 vom 01. März 2008

Unterstützung und Gegenleistung

Hat die Stadt Eppstein mit ihrer Unterstützungserklärung im Jahre 2001 der Bürgerinitiative (BI) Eppsteiner gegen Fluglärm e.V. deren Recht auf freie Meinungsäußerung abgekauft?

Das muss jedenfalls ein außenstehender Beobachter denken, wenn er den aktuellen Antrag der CDU-Fraktion im Stadtparlament zu diesem Thema liest. Dort wird beantragt, den seit 2001 gültigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Unterstützung der BI Eppsteiner gegen Fluglärm e.V., aufzuheben. Begründet wird dies mit kritischen Äußerungen der BI gegen die Veröffentlichung eines Schreibens des Fluglärmschutzbeauftragten (Beileger: Es wird leiser über Eppstein in der EZ) wenige Tage vor der Landtagswahl. Die Veröffentlichung habe dem einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung entsprochen, heißt es im Antrag. Stimmt! Aber: die Veröffentlichung sollte „im Vorfeld der geplanten Bürgerversammlung zum Thema Fluglärm (Anm.: Diese findet erst am 10. März und damit etwa 8 Wochen (!) nach der Veröffentlichung des Beilegers statt) erfolgen. Die Bürgerversammlung wurde von der CDU/FDP-Mehrheit im Stadtparlament hinter die Landtagswahl geschoben. Die Veröffentlichung des Schreibens hätte auch völlig problemlos ebenfalls erst nach der Wahl stattfinden können.

Im Vorfeld wurde unser Bemühen um eine Bürgerversammlung als „Wahlkampfgetöse“ abgetan. Die seitens der BI geäußerte Einschätzung, es habe sich bei der Veröffentlichung – und insbesondere dem gewählten Zeitpunkt – nun um einen Wahlkampfversuch der CDU/FDP gehandelt, ist zumindest legitim.

Wenn man den Antrag der CDU weiter liest, bekommt man den Eindruck, es handele sich bei den kritischen Äußerungen der BI um Majestätsbeleidigungen, die „bestraft“ werden müssen.

Sicherlich kann man über Form und Inhalt dieses Informationsblattes der BI geteilter Meinung sein. Gleiches mag aber auch für den Begleittext des Bürgermeisters in seiner o.g. Veröffentlichung bzw. bzgl. dessen Veröffentlichungszeitpunkt vor der Landtagswahl gelten.

Darf aber deswegen keine öffentliche Kritik mehr daran möglich sein, weil der Kritisierte seine Unterstützung zugesagt hat?

Das Parlament mag seine Missbilligung bzgl. einzelner Formulierungen der BI aussprechen. Unseres Erachtens kann und darf aber an eine Unterstützung durch die Stadt prinzipiell keine Meinungskontrolle oder gar -vorgabe gebunden sein.

Andererseits ist dieser Antrag vielleicht nur konsequent? Eine Unterstützung seitens der Stadt, wie sie durch die Stadtverordneten 2001 zugesagt wurde, gibt es u.E. bereits seit einiger Zeit nicht mehr. Zuletzt hatte sich das am ablehnenden Verhalten der Stadtverwaltung gezeigt, als es darum ging, dass die BI (vor der Landtagswahl) Plakate aufstellen wollte, die auf eine Demonstration gegen den Planfeststellungsbeschluss für den Flughafenausbau in Wiesbaden hinweisen sollten. Dies wurde abgelehnt unter Hinweis auf interne Plakatierungsrichtlinien.

Ein Beschluss zur Aufhebung der Unterstützung – würde er denn getroffen – wäre u.E. unangemessen und mit Kanonen auf Spatzen geschossen.